

EINGEGANGEN

15. Nov. 2010

RAUE LLP  
RECHTSANWÄLTE UND NOTARE

**Ausfertigung**



## **OBERVERWALTUNGSGERICHT BERLIN-BRANDENBURG**

### **BESCHLUSS**

**OVG 10 S 32.10**  
**VG 27 L 234.10 Berlin**

In der Verwaltungsstreitsache  
des Herrn Gerhard Wisnewski,

Antragstellers und Beschwerdeführers,

bevollmächtigt:

Rechtsanwälte Raue LLP, Potsdamer Platz 1, 10785 Berlin,

g e g e n

das Land Berlin, vertreten durch den Generalstaatsanwalt in Berlin,  
Eißholzstraße 30-33, 10781 Berlin,

Antragsgegner und Beschwerdegegner,

hat der 10. Senat durch die Vizepräsidentin des Oberverwaltungsgerichts Fitzner-  
Steinmann und die Richterinnen am Oberverwaltungsgericht Dr. Broy-Bülow und  
Sieveking am 11. November 2010 beschlossen:

Der Beschluss des Verwaltungsgerichts Berlin vom 9. August  
2010 wird mit Ausnahme der Streitwertfestsetzung geändert.

Der Antragsgegner wird im Wege der einstweiligen Anordnung  
verpflichtet, dem Antragsteller Auskunft zu erteilen über die

konkrete Todesursache und den Todeszeitpunkt der Jugendrichterin Kirsten Heisig, den genauen Fundort und die Auffindesituation der Leiche, darüber, welche Fakten eine Fremdverursachung des Todes ausschließen, und welche objektiven Anhaltspunkte für ein planvolles Vorgehen von Frau Heisig in Bezug auf den eigenen Tod sprechen.

Die Kosten des Verfahrens trägt der Antragsgegner.

Der Wert des Beschwerdegegenstandes wird auf 5.000 EUR festgesetzt.

### Gründe

Die Beschwerde des Antragstellers gegen den Beschluss des Verwaltungsgerichts Berlin, mit dem dieses es abgelehnt hat, den Antragsgegner im Wege der einstweiligen Anordnung zur Erteilung von Auskünften im Zusammenhang mit dem Tod der Berliner Jugendrichterin Kirsten Heisig zu verpflichten, hat Erfolg. Das Beschwerdevorbringen, das nach § 146 Abs. 4 Satz 6 VwGO allein Gegenstand der Prüfung des Oberverwaltungsgerichts ist, rechtfertigt eine Änderung des angefochtenen Beschlusses. Denn der Antragsteller hat das Vorliegen eines Anordnungsanspruchs (1) sowie eines Anordnungsgrundes (2) mit der für die Vorwegnahme der Hauptsache erforderlichen hohen Wahrscheinlichkeit glaubhaft gemacht (§ 123 Abs. 3 VwGO i.V.m. § 920 Abs. 2 ZPO).

1. Bei summarischer Prüfung ist davon auszugehen, dass dem Antragsteller ein Auskunftsanspruch in dem aus dem Tenor ersichtlichen Umfang zusteht (a), ohne dass der Antragsgegner berechtigt wäre, die begehrte Auskunft zu verweigern (b).

a) Der Auskunftsanspruch des Antragstellers ergibt sich aus § 4 Abs. 1 des Berliner Pressegesetzes - BlnPrG -, wonach die Behörden verpflichtet sind, den Vertretern der Presse, die sich als solche ausweisen, zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgabe Auskünfte zu erteilen. Der Antragsteller gehört als ausgewiesener Vertreter der Presse zu den auskunftsberechtigten Personen und begehrt Auskunft über

Fakten in Bezug auf einen bestimmten Tatsachenkomplex (vgl. zu dieser Voraussetzung Burkhardt in: Löffler, Presserecht, 5. Aufl. 2006 - künftig: Löffler/Burkhardt -, § 4 LPG Rn. 78), nämlich zu dem Tod der Berliner Jugendrichterin Kirsten Heisig, mit dem der Antragsgegner im Rahmen seiner Zuständigkeit befasst gewesen ist (vgl. hierzu Löffler/Burkhardt, a.a.O., Rn. 59). Das Auskunftsbegehren erfolgt auch zur Erfüllung der öffentlichen Aufgabe der Presse, die darin liegt, dass sie in Angelegenheiten von öffentlichem Interesse Nachrichten beschafft und verbreitet, Stellung nimmt, Kritik übt oder in anderer Weise an der Meinungsbildung mitwirkt (§ 3 Abs. 3 BlnPrG, vgl. Löffler/Burkhardt, a.a.O., Rn. 86). Denn es geht dem Antragsteller darum, in einer Angelegenheit, an der die Öffentlichkeit Anteil genommen hat, Informationen zu erhalten und zu verbreiten und damit zur öffentlichen Diskussion dieses Themas beizutragen.

b) Entgegen seiner Auffassung ist der Antragsgegner nicht berechtigt, die erbetenen Auskünfte nach § 4 Abs. 2 BlnPrG zu verweigern. Soweit er sich im erstinstanzlichen Verfahren auf ein entgegenstehendes Geheimhaltungsinteresse im Sinne des § 4 Abs. 2 Nr. 2 BlnPrG berufen hat, weil bei noch nicht abgeschlossenen Ermittlungsverfahren das Geheimhaltungsinteresse auf der Hand liege, ist jedenfalls zum jetzigen Zeitpunkt nicht ersichtlich, welches Ermittlungsverfahren noch schweben soll, nachdem der Antragsgegner dem Antragsteller bereits unter dem 16. Juli 2010 mitgeteilt hat, dass aufgrund der Ermittlungen und der bereits durchgeführten gerichtsmedizinischen Untersuchungen ein Fremdverschulden am Tod von Frau Heisig ausgeschlossen werden könne, und auch die zum damaligen Zeitpunkt noch ausstehenden Ergebnisse der toxikologischen Untersuchungen inzwischen vorliegen dürften. Dass wegen des Todes von Frau Heisig noch Ermittlungen geführt würden, ist danach nicht ersichtlich. Aus diesem Grund scheidet auch eine Auskunftsverweigerung nach § 4 Abs. 2 Nr. 3 BlnPrG aus.

Auch auf den Auskunftsverweigerungsgrund des § 4 Abs. 2 Nr. 4 BlnPrG kann sich der Antragsgegner nicht berufen. Nach dieser Vorschrift können Auskünfte (nur) verweigert werden, soweit ein schutzwürdiges privates Interesse verletzt würde. Als im Falle einer Auskunftserteilung betroffene private Interessen kommen hier insbesondere das Persönlichkeitsrecht der Verstorbenen sowie das ihrer Hinterbliebenen - zwei minderjährige Kinder und der Ehemann - in Betracht. Nicht jede Verletzung privater Interesse löst jedoch bereits die Sperrwirkung des § 4

Abs. 2 Nr. 4 BlnPrG aus; es muss vielmehr die Verletzung schutzwürdiger privater Interessen zu befürchten sein. Ob die betroffenen privaten Interessen schutzwürdig sind, ist im Wege einer umfassenden Abwägung zwischen dem Informationsinteresse der Öffentlichkeit und den entgegenstehenden privaten Interessen zu ermitteln (vgl. nur Löffler/Burkhardt, a.a.O., Rn. 111; OVG Berlin, Urteil vom 25. Juli 1995 - OVG 8 B 16/94 -, NVwZ-RR 1997, 32, juris Rn. 36; OLG Hamm, Beschluss vom 31. Januar 2000 - 2 Ws 282/99 -, NJW 2000, 1278, juris Rn. 12; OLG Stuttgart, Beschluss vom 21. Juni 2001 - 4 VAs 3/01 -, NJW 2001, 3797, 3798; VG Berlin, Beschluss vom 5. Oktober 2000 - VG 27 A 262.00 -, NJW 2001, 3799, 3800; VG Dresden, Beschluss vom 7. Mai 2009 - 5 L 42/09 -, AfP 2009, 301, juris Rn. 85; VG Potsdam, Beschluss vom 21. Juli 2009 - VG 12 L 306/09 -, LKV 2009, 429, juris Rn. 20; VG Frankfurt (Oder), Beschluss vom 23. September 2009 - VG 3 L 208/09 -, AfP 2010, 305, juris Rn. 15 ff.). Dabei kann auf die Grundsätze, die zum Schutz des Persönlichkeitsrechts bei Eingriffen entwickelt worden sind, zurückgegriffen werden (vgl. nur Löffler/Burkhardt, a.a.O., Rn. 112; OVG Berlin, a.a.O., Rn. 37; VG Berlin, a.a.O., S. 3800; VG Dresden, a.a.O., Rn. 97). Im vorliegenden Fall geht diese Abwägung zugunsten des presserechtlichen Auskunftsanspruchs aus.

aa) Hinter dem einfachgesetzlich im Pressegesetz konkretisierten Informationsanspruch der Presse steht die grundgesetzlich in Art. 5 Abs. 1 Satz 2 GG verbürgte Pressefreiheit. Die freie und unabhängige Presse ist im freiheitlichen demokratischen Staatswesen von besonderer Bedeutung. Sie dient der freien individuellen und öffentlichen Meinungsbildung und ist in ihrer Eigenständigkeit von der Beschaffung der Information bis zur Verbreitung der Nachrichten und Meinungen geschützt (vgl. nur BVerfG, Teilurteil vom 5. August 1966 - 1 BvR 586/62, 610/63 und 512/64 -, BVerfGE 20, 162, 174 ff.; Urteil vom 15. Dezember 1999 - 1 BvR 653/96 -, BVerfGE 101, 361, juris Rn. 95; BVerwG, Urteil vom 13. Dezember 1984 - BVerwG 7 C 139.81 -, BVerwGE 70, 310, 314). In den Schutzbereich fällt der gesamte Bereich publizistischer Vorbereitungstätigkeit, denn erst der prinzipiell ungehinderte Zugang zur Information versetzt die Presse in die Lage, die ihr in der freiheitlichen Demokratie eröffnete Rolle wirksam wahrzunehmen (BVerfG, Beschluss vom 28. August 2000 - 1 BvR 1307/91 -, NJW 2001, 503, juris Rn. 13). Diesem Anliegen entspricht die Pflicht der staatlichen Behörden, der Presse Auskunft zu erteilen und durch eine großzügige Informationspolitik eine genaue und

gründliche Berichterstattung zu ermöglichen (vgl. BVerwG, Urteil vom 13. Dezember 1984, a.a.O., S. 314; vgl. zur „prinzipiellen Informationsfreundlichkeit der grundgesetzlichen Ordnung“ auch OVG Berlin, Urteil vom 25. Juli 1995, a.a.O., Rn. 36).

Der Antragsteller hat hier nachvollziehbar ein besonderes Interesse der Öffentlichkeit an Informationen zum Tod von Frau Heisig dargelegt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Bewertung des Informationsanliegens grundsätzlich der Presse selbst obliegt. Diese muss nach publizistischen Kriterien selbst entscheiden dürfen, was sie des öffentlichen Interesses für wert hält und was nicht, wobei zu respektieren ist, dass die Presse regelmäßig auch auf einen bloßen, und sei es auch nur schwachen Verdacht hin recherchiert und es geradezu Anliegen einer Recherche ist, einem Verdacht nachzugehen (vgl. nur BVerfG, Beschluss vom 28. August 2000, a.a.O., Rn. 29 f.; VerfG Bbg, Beschluss vom 21. April 2005 - 56/04 -, LKV 2005, 401, juris Rn. 40). Die Verstorbene war nicht nur als Jugendrichterin und Initiatorin des sog. Neuköllner Modells, sondern auch als - zukünftige - Buchautorin über den Berliner Raum hinaus bundesweit bekannt und medial präsent. Über ihr - nach Eindruck der Öffentlichkeit unerwartetes - Verschwinden ist in den Medien ausführlich berichtet worden. Vor diesem Hintergrund ist von einem breiten öffentlichen Interesse an Informationen über die Umstände des Todes von Frau Heisig auszugehen, wobei es dem Antragsteller nach seinem Vortrag insbesondere darum geht, die Einschätzung des Antragsgegners, dass es sich um einen Suizid gehandelt habe, nachvollziehen zu können. Das öffentliche Interesse geht hier über die allgemeine Neugierde wegen des Todes einer bekannten Persönlichkeit hinaus, weil auch die Frage im Raum steht, ob der Tod der Richterin möglicherweise im Zusammenhang mit ihrem beruflichen, rechtspolitischen oder publizistischen Engagement stehen könnte.

bb) Dem öffentlichen Informationsinteresse ist das ebenfalls grundgesetzlich geschützte Persönlichkeitsrecht (Art. 1 Abs. 1, Art. 2 Abs. 1 GG) gegenüberzustellen, wobei weder dem Schutzbedürfnis der Persönlichkeit noch der Pressefreiheit verfassungsrechtlich ein Vorrang einzuräumen ist (vgl. nur Löffler/Steffen, a.a.O., § 6 LPG Rn. 41 m.w.N.). Unter Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit sind daher zum einen das Maß des Informationsinteresses und zum anderen Art und Schwere des Eingriffs in das Persönlichkeitsrecht im Einzelfall gegenei-

inander abzuwägen. Je sensibler dabei der Bereich ist, über den informiert wird, je intensiver und weitgehender die begehrte Auskunft ist, umso größeres Gewicht kommt dabei der Schutzwürdigkeit privater Interessen am Unterbleiben der Auskunft zu, wobei auch die im öffentlichen Leben wahrgenommene Funktion desjenigen, über den Auskunft begehrt wird, in die Abwägung einzustellen ist (vgl. etwa VerfG Bbg, Beschluss vom 21. April 2005, a.a.O., Rn. 33). Gegenüber dem dargelegten öffentlichen Interesse an den begehrten Auskünften erscheinen hier weder das Persönlichkeitsrecht der Verstorbenen noch das der Hinterbliebenen als schutzwürdig.

(1) Der Schutz der Persönlichkeit wirkt auch über den Tod hinaus. Er leitet sich aus der Menschenwürde des Art. 1 Abs. 1 GG ab und ist in seinen Schutzwirkungen nicht identisch mit denen, die sich aus Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG für den Schutz lebender Personen ergeben. Postmortal geschützt wird zum einen der allgemeine Achtungsanspruch, der dem Menschen kraft seines Personseins zusteht, zum anderen der sittliche, personale und soziale Geltungswert, den die Person durch ihre eigenen Lebensleistung erworben hat (vgl. BVerfG, Beschluss vom 19. Dezember 2007 - 1 BvR 1533/07 -, NVwZ 2008, 549, juris Rn. 8; Beschluss vom 4. November 2008 - 1 BvR 1832/07 -, NJW 2009, 979, juris Rn. 7 m.w.N.). Dies verbietet vor allem die unwahre oder diffamierende Berichterstattung über den Verstorbenen, solange die Erinnerung an ihn fortbesteht und sein Persönlichkeitsbild dadurch verfälscht oder auf andere Weise erheblich herabgewürdigt wird (vgl. Löffler/Steffen, a.a.O., § 6 Rn. 71).

Dass die vom Antragsteller erbetenen Auskünfte den allgemeinen Achtungsanspruch der verstorbenen Jugendrichterin verletzen könnten, ist nicht ersichtlich. Das Verwaltungsgericht hat zwar zutreffend darauf hingewiesen, dass der Mensch in seinem Tod grundsätzlich Achtung und Zurückhaltung seitens der Medien beanspruchen könne, daraus folgt jedoch nicht, dass es der Presse verwehrt wäre, überhaupt näher über die objektiven Umstände des Todes einer Person zu berichten. Soweit das Verwaltungsgericht ausgeführt hat, ein Mensch, der Suizid begehe, könne grundsätzlich verlangen, dass in den Medien nicht eingehend über seinen Tod, insbesondere nicht über dessen nähere Umstände und Hintergründe berichtet werde, ist es zwar zutreffend, dass gerade die Berichterstattung über eine Selbsttötung besondere Zurückhaltung erfordert. Dies wird im Übrigen auch

von der Presse selbst anerkannt und entspricht ihren Richtlinien zum Pressekodex (Ziff. 8.5 der Richtlinien für die publizistische Arbeit nach den Empfehlungen des Deutschen Presserats zu den Publizistischen Grundsätzen - Pressekodex - in der Fassung vom 3. Dezember 2008). Im vorliegenden Fall geht es jedoch, worauf der Antragsteller zutreffend hingewiesen hat, nicht darum, die näheren Umstände und Hintergründe eines Selbstmords darzustellen, sondern zunächst um Auskünfte über die objektiven Umstände des Todes, um die Bewertung als Selbsttötung überhaupt nachvollziehen zu können. Der postmortale Persönlichkeitsschutz geht nicht so weit, dass auch die äußeren Begleitumstände eines Todesfalls als höchst persönliche, schützenswerte Informationen zu werten wären und die Öffentlichkeit sich mit der bloßen Mitteilung des Todes und einer zusammenfassenden Bewertung - Ausschluss von Fremdeinwirkungen - begnügen müsste. Dies würde weder dem Informationsinteresse der Öffentlichkeit noch der Kontrollfunktion der Presse gerecht.

Frau Heisig war eine Person des öffentlichen Lebens, die durchaus bewusst auch den Kontakt zu den Medien gesucht hat, um das Interesse der Öffentlichkeit für ihr Anliegen zu wecken und zu nutzen. Die Öffentlichkeit hat daher ein legitimes Interesse daran, die näheren Umstände ihres jedenfalls für Außenstehende überraschend erscheinenden Todes zu erfahren. Diese Information kann zudem dazu dienen, Spekulationen über das Vorliegen einer Gewalttat und gegebenenfalls über Zusammenhänge mit der beruflichen Tätigkeit und dem rechtspolitischen und sozialen Engagement der Jugendrichterin zu begegnen. Eine Beeinträchtigung des Frau Heisig gebührenden Achtungsanspruchs liegt darin nicht. Allerdings hat die Berichterstattung die Würde der Verstorbenen zu wahren und sich reißerischer Darstellungen und Bilder zu enthalten. Dies betrifft jedoch die Verwertung der erbetenen Auskünfte und fällt allein in die redaktionelle Verantwortung des jeweiligen Presseorgans (vgl. OVG Bln, Urteil vom 25. Juli 1995, a.a.O., Rn. 41), wobei grundsätzlich darauf zu vertrauen ist, dass sich die Presse ihrer Verantwortung bewusst ist und insbesondere die Grundsätze des Pressekodex und die dazu ergangenen Richtlinien beachtet. Allein die Möglichkeit einer falschen oder Persönlichkeitsrechte verletzenden Berichterstattung reicht jedenfalls nicht aus, um den presserechtlichen Auskunftsanspruch zu verneinen (vgl. OVG Bln, Urteil vom 25. Juli 1995, a.a.O., Rn. 41; VG Hamburg, Urteil vom 25. Februar 2009 - 7 K 2428/08 -, AfP 2009, 296, juris Rn. 39).

Danach besteht hier ein Auskunftsanspruch der Presse hinsichtlich der objektiven Umstände des Todes von Frau Heisig. Dieser erfasst allerdings nicht die Hintergründe und Motive eines etwaigen Suizids. Die Entscheidung einer Person, aus eigenem Willen aus dem Leben zu scheiden, ist als solche höchstpersönlich, unabhängig davon, ob die zugrunde liegenden Motive dem öffentlichen, beruflichen oder familiären Bereich zuzuordnen sind. Da die Verstorbene mit den Gründen für eine etwaige Selbsttötung jedenfalls nicht an die Öffentlichkeit getreten ist, hat die Öffentlichkeit eine derartige privat getroffene Entscheidung zu respektieren.

(2) Eine andere Beurteilung ist auch nicht im Hinblick auf die persönlichen Interessen der Hinterbliebenen geboten. Unabhängig von dem Persönlichkeitsrecht eines Verstorbenen können auch die Rechte der lebenden nahen Angehörigen von einer Presseveröffentlichung betroffen sein. Allerdings führt eine Verletzung des postmortalen Schutzbereichs Verstorbener für sich genommen noch nicht zu einer Persönlichkeitsverletzung der Angehörigen. Erforderlich ist vielmehr, dass die Angehörigen selbst in ihrem Persönlichkeitsrecht unmittelbar betroffen sind (vgl. BGH, Urteil vom 6. Dezember 2005 - VI ZR 265/04 -, BGHZ 165, 203, juris Rn. 22; Löffler/Steffen, a.a.O., § 6 LPG Rn. 71). Dies ist etwa der Fall, wenn die eigenen persönlichen Verhältnisse der Angehörigen oder ihre Beziehung zu dem Verstorbenen bzw. zu dem Todesfall in den Bericht einbezogen werden. Nicht genügen kann es demgegenüber, wenn der Angehörige sich wegen seiner engen Beziehung zum Dargestellten durch eine Berichterstattung, die ihn selbst weder ausdrücklich noch stillschweigend erwähnt, „persönlich“ betroffen fühlt (vgl. BGH, Urteil vom 6. Dezember 2005, a.a.O., Rn. 24). Eine unmittelbare Betroffenheit der Angehörigen von Frau Heisig allein durch einen Bericht über die objektiven Todesumstände ist hier nicht ersichtlich.

Es bedarf vorliegend keiner Entscheidung, ob im Hinblick auf Art. 1 Abs. 1 und Art. 2 Abs. 1 sowie Art. 6 Abs. 1 GG auch ein achtens- und schützenswertes Recht der Ehegatten und Kinder eines Verstorbenen anzuerkennen ist, in der Trauer um den Tod des Ehegatten bzw. des Elternteils für sich allein zu bleiben (vgl. hierzu etwa OLG Düsseldorf, Urteil vom 21. Oktober 1998 - 15 U 232/97 -, AfP 2000, 574; ThürOLG, Urteil vom 31. März 2005 - 8 U 910/04 -, NJW-RR 2005, 1566, beide in juris). Unter diesem Gesichtspunkt sind Angehörige möglicherwei-



se davor zu bewahren, dass durch die Berichterstattung über einen Todesfall der Verstorbene in einer Weise identifizierbar gemacht wird, die die private Trauer der Angehörigen (erstmalig) öffentlich macht (so die Fallgestaltung in den zitierten Entscheidungen). Vorliegend geht es aber nicht darum, dass eine bislang in der Öffentlichkeit nicht bekannte Person durch die Umstände ihres Todes Aufmerksamkeit erregt und mit einer die Tote identifizierenden und benennenden Berichterstattung diese und ihre Angehörigen erstmalig in die Öffentlichkeit gebracht werden. Denn Frau Heisig war bereits zu ihren Lebzeiten aufgrund ihrer Tätigkeit und ihres Engagements auch infolge ihrer eigenen bewussten Entscheidung der Öffentlichkeit bekannt, so dass mit der Nachricht von ihrem Tod auch der Umstand, dass ihre Familie um sie trauert, ins öffentliche Bewusstsein gelangt ist. Das Recht der Familienangehörigen, in ihrer Trauer um die Verstorbene respektiert zu werden, geht nicht so weit, dass jegliche Berichterstattung zum Tode der Richterinnen zu unterbleiben hätte. Soweit das Andenken an sie nicht belastet und die familiären Umstände nicht thematisiert werden, muss die schlichte Erwähnung der objektiven Begleitumstände ihres Todes angesichts des Informationsinteresses der Öffentlichkeit hingenommen werden. Die schutzwürdigen Interessen der Hinterbliebenen sind allerdings wiederum bei der Entscheidung über die Art der Berichterstattung zu beachten.

Dem Antragsteller steht somit der geltend gemachte Anspruch auf Auskunft über die objektiven Begleitumstände des Todes von Frau Heisig zu. Dies betrifft, wie von ihm beantragt, Angaben über Fundort und Auffindesituation der Leiche sowie zur konkreten Todesursache und den Todeszeitpunkt. Auch die Untersuchungsergebnisse und Fakten, die nach den Erkenntnissen des Antragsgegners ein Fremdverschulden ausschließen, sind mitzuteilen. Soweit der Antragsteller darüber hinaus Auskünfte darüber begehrt, „welche weiteren Erkenntnisse zu den Gründen des Suizids (Abschiedsschreiben o.ä.) vorliegen“, umfasst der Auskunftsanspruch allerdings nur objektive Anhaltspunkte, die für eine etwaige Selbsttötung sprechen, nicht jedoch sonstige Erkenntnisse über Hintergründe und Motive. Solche objektiven Anhaltspunkte mögen etwa das vom Antragsteller selbst beispielhaft genannte Vorliegen eines Abschiedsbriefs oder einer sonstigen Abschiedsnachricht sein, wobei nur das Faktum der Nachricht als solches, nicht etwa deren Inhalt mitzuteilen wäre. Dies hat im Übrigen auch der Antragsteller ausdrücklich anerkannt. Sollten in der Tätigkeit von Frau Heisig oder ihrem Ver-



halten gegenüber Dritten Umstände zutage getreten sein, die darauf hindeuteten, dass sie mit ihrem Tod rechnete, wären auch diese Umstände mitzuteilen.

2. Soweit dem Antragsteller danach ein Anspruch auf Auskunftserteilung zusteht, liegt auch ein Anordnungsgrund für den Erlass der begehrten einstweiligen Anordnung vor. Der Antragsteller begehrt zwar eine Vorwegnahme der Hauptsache, die grundsätzlich dem Wesen und Zweck des einstweiligen Rechtsschutzverfahrens widerspricht. Ein Abwarten auf den Ausgang eines noch anhängig zu machenden Hauptsacheverfahrens würde vorliegend jedoch den geltend gemachten Auskunftsanspruch möglicherweise faktisch leerlaufen lassen. Denn das Informationsinteresse der Öffentlichkeit hängt maßgeblich von der Aktualität der Berichterstattung ab, weshalb die Presse zur Erfüllung ihrer Aufgaben auf eine zeitnahe Informationsbeschaffung angewiesen ist (vgl. BayVGh, Beschluss vom 13. August 2004 - 7 CE 04.1601 -, NJW 2004, 3358, juris Rn. 27; VG Berlin, Beschluss vom 5. Oktober 2000, a.a.O., S. 3800; VG Dresden, Beschluss vom 7. Mai 2009, a.a.O., Rn. 105; VG Potsdam, Beschluss vom 21. Juli 2009, a.a.O., Rn. 25; VG Frankfurt (Oder), Beschluss vom 23. September 2009, a.a.O., Rn. 25). Da es dem Antragsteller hier darum geht, über ein aktuelles Ereignis - den Tod der Jugendrichterin Heisig - zu berichten, benötigt er die begehrten Auskünfte jetzt und nicht zu einem ungewissen Zeitpunkt in der Zukunft. Im Hinblick auf den verfassungsrechtlich verbürgten Wert der Pressefreiheit und das Gebot der Gewährung effektiven Rechtsschutzes (Art. 19 Abs. 4 GG) ist in diesem Fall die Vorwegnahme der Hauptsache in Kauf zu nehmen.

Die Kostenentscheidung folgt aus § 154 Abs. 1 VwGO. Die Streitwertfestsetzung beruht auf § 47 Abs. 1, § 53 Abs. 2 Nr. 1, § 52 Abs. 1, Abs. 2 GKG, wobei der Senat den Auffangwert zugrunde gelegt und im Hinblick auf die begehrte tatsächliche Vorwegnahme der Hauptsache keine Halbierung des Betrags vorgenommen hat.

Dieser Beschluss ist unanfechtbar (§ 152 Abs. 1 VwGO).

Fitzner-Steinmann

Dr. Broy-Bülow

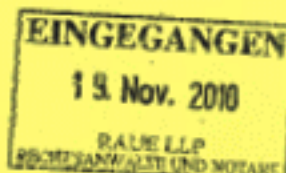
Sieveking



Ausgefertigt

*MünchKlP, Fitzner*

+49 30 90152704

**Der Generalstaatsanwaltschaft in Berlin**

**Postanschrift:**  
Elßholzstraße 30 - 33  
10781 Berlin

Telefon: 90 15 - 27 01  
Telefax: Vermittlung: 90 15 - 27 04  
Intern: (030) 90 15 - 2701  
Datum: 19.11.2010

# Telefax

Bitte sofort vorlegen

**Empfänger:** Raue LLP  
Rechtsanwälte und Notare  
Herrn Rechtsanwalt  
Dr. Wolfram Hertel  
Potsdamer Platz 1  
10785 Berlin

per Fax: 818550-100

**Absender:**

Az.: Gen AR 82/10

Der Generalstaatsanwaltschaft in Berlin  
Elßholzstraße 30 - 33  
10781 Berlin

Mit freundlichen Grüßen

i. A. Riehl

Unterschrift  
des Bedienungsberechtigten

**Seitenzahl: - 4 - (ohne Vorblatt)**



## Der Generalstaatsanwalt in Berlin



Der Generalstaatsanwalt in Berlin  
Eisboitzstraße 30 - 33 • 10781 Berlin

Telefon: 90 15 - 27 02  
90 15 - 27 11  
Telefax: 90 15 - 27 27  
90 15 - 27 04  
Vermittlung: (030) 90 15 - 0  
Intern: 915  
E-Mail: poststelle@gsta.berlin.de  
Datum: 19. November 2010

Raue LLP  
Rechtsanwälte und Notare  
Herrn Rechtsanwalt  
Dr. Wolfram Hertel

Potsdamer Platz 1  
10785 Berlin

Geschäftszeichen (bitte immer angeben):  
Gen AR 82/10

### Auskunftserteilung in dem Todesermittlungsverfahren Kirsten Heisig Ihr Zeichen: 1867 – 10 WHyn

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt,

in Befolgung der vom Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Beschluss vom 11. November 2010 – OVG 10 S 32/10 – auferlegten Verpflichtung, Ihrem Mandanten Gerhard Wisniewski über im Beschlusstenor näher bezeichnete objektive Umstände des Todes der Kirsten Heisig Auskunft zu erteilen, teile ich Ihnen Folgendes mit:

#### Zur konkreten Todesursache

Nach dem Sektionsgutachten des Direktors des Instituts für Rechtsmedizin in Berlin steht als Todesursache ein Erhängen zu Lebzeiten durch ein eintourig um den Hals laufendes Strangwerkzeug fest.

#### Zum Todeszeitpunkt der Jugendrichterin Kirsten Heisig

Nach dem Ergebnis der Ermittlungen wurde die Verstorbene letztmalig am Montag, den 28. Juni 2010, gegen 21.30 Uhr lebend gesehen. Der letzte „Log-in“ auf dem Handy der Verstorbenen erfolgte ebenfalls am 28. Juni 2010, um 21.51 Uhr. Am Sonnabend, den 3. Juli 2010, gegen 13.30 Uhr wurde der Leichnam der Verstorbenen aufgefunden.

Nach den gutachterlichen Äußerungen des Direktors des Instituts für Rechtsmedizin in Berlin ist die Leichenliegezeit aufgrund der starken Fäulnisveränderungen nicht auf wenige Stunden einzugrenzen. Seiner Einschätzung nach sind die Veränderungen jedoch unter Berücksichtigung der hohen Außentemperaturen in den Tagen vor dem Auffinden und des Auffindeorts im Halbschatten mit einer Leichenliegezeit von einigen Tagen in Einklang zu bringen.



### Zum genauen Fundort

Der Fundort liegt am Elchdamm in 13503 Berlin-Heiligensee in einem Waldgebiet des Tegeler Forstes, Jagen 91. Die Beschreibung des Fundorts in dem entsprechenden Bericht der ermittelnden Mordkommission lautet wie folgt:

„Der Auffindeort der Leiche liegt ca. 500m von dem Punkt entfernt, an dem am 30. Juni 2010 der Pkw der Toten aufgefunden wurde. Biegt man von der Heiligenseestr. in den Elchdamm ein, befährt man diesen ca. 250m in südlicher Richtung. Die Straße verläuft dann nach einer Rechtskurve am Waldrand entlang, in Höhe der Kurve führt ein Weg in den Wald. In diesem Bereich des Tegeler Forstes liegen die so genannten „Heiligenseer Sandberge“, ein hügeliges Gelände mit unwegsamen Bereichen. Die in Rede stehende Anhöhe befindet sich weiter in südlicher Richtung ca. 70m in gerader Linie vom besagten Zugang zum Wald. Um dorthin zu gelangen, muss man sich teilweise etwas durch die Büsche schlagen, die Leiche selbst war aus einiger Entfernung (bis ca. 40m) nur noch an manchen Stellen durch die Bewaldung zu erkennen. Vom benannten Zugang zum Wald war die Leiche nicht zu sehen.“

### Zur Auffindesituation der Leiche

In dem bereits zuvor zitierten Bericht der Mordkommission heißt es zur Auffindesituation der Leiche:

„Auf dem Plateau der Anhöhe befanden sich mehrere Bäume und Sträucher, der Boden war größtenteils mit altem Laub bedeckt. Die Leiche hing an einem weißen Kunststoffseil an einem dort befindlichen Baum, ca. 1m vom Stamm entfernt, Gesicht zum Stamm gewandt. Dieser Baum stand am Rande des Plateaus, nördliche Richtung.“

„Bekleidet war die Leiche mit einem grauen Trägershirt, einer hellgrauen Jeans und weißen Schuhen (ohne Socken). Die Knie befanden sich direkt über dem Erdboden, die Unterschenkel waren zu den Außenseiten, leicht schräg nach hinten gestellt, Füße auf dem Boden. Die Arme hingen am Oberkörper herunter.“

„Die Tote hat sich anscheinend nach vorne in die um ihren Hals liegende Schlinge fallen lassen und sich vor dem Erhängen nicht auf einen Gegenstand gestellt, eine entsprechende Steighilfe war am Ort nicht vorhanden. Der Strick war am oberen Ende an einem dickeren Ast mittels eines Knotens befestigt, der Knoten befand sich direkt unter dem Ast, in ca. 2,30m Höhe, Durchmesser des benutzten Strickes ca. 1,2cm. Der Ast ließ sich, wenn man ihn am Ende, also weiter vom Stamm entfernt griff, relativ problemlos herunter biegen. Im Nahbereich lagen sichtbar eine Strickjacke, eine Handtasche sowie eine Plastikflasche „Lipton-Icetes“, in der sich noch gelbliche Flüssigkeit befand.“

„Durch die Position des genutzten Strickes war der Kopf leicht nach rechts geneigt, der Knoten am Hals befand sich unter dem linken Ohr, er war durch das Kopfhaar der Leiche größtenteils bedeckt. Der rechte Träger des Shirts war von der Schulter gerutscht.“

„Ohringe, ein Fingerring sowie eine Uhr wurden noch getragen. Schräg rechts vor der Leiche lag eine weitere Plastikflasche auf dem Boden, es handelte sich um eine leere Wasserflasche der Marke „Active – 02“, ohne Deckel.“

„In der Jacke wurde noch ein Autoschlüssel festgestellt.“

„Anschließend wurde das Seil, an dem der Leichnam hing, ca. mittig zwischen Ast und Hals durchtrennt, dabei wurde der Körper durch die angeforderten Fahrer der Gerichtsmedizin gehalten, um nicht auf den Boden zu fallen. Die Leiche wurde verpackt und samt der um den Hals liegenden Schlinge zwecks späterer Obduktion ins o.g. Institut verbracht, ebenso der Teil des Astes, an dem der Strick befestigt war (ca. 1,20m Astlänge). Das Stück Ast wurde nach Abhängen der Leiche durch angeforderte Kräfte der TEB mittels Motorsäge abgetrennt.“



+49 30 90152704

Nach Abhängen der Leiche wurde der direkte Nahbereich durchsucht. Dabei wurde unter Laub, welches praktisch unter dem Leichnam lag, noch ein Deckel gefunden, der durchaus zur aufgefundenen „Active – 02“ – Wasserflasche gehören könnte. Weitere relevante Gegenstände wie z.B. Zigarettenskippen wurden nicht gefunden.“

Am Fundort waren als eingesetzte Kräfte neben dem diensthabenden Staatsanwalt sechs Angehörige einer Mordkommission und als angeforderte Kräfte u.a. der Direktor des Instituts für Rechtsmedizin in Berlin mit einem seiner Mitarbeiter tätig.

#### Zu Fakten, die eine Fremdverursachung des Todes ausschließen

Bei der am 3. Juli 2010 durchgeführten Obduktion wurden an dem Leichnam von Frau Heisig keine Zeichen von Gewalteinwirkungen festgestellt. Es befanden sich weder an den Armen und Handgelenken Fesselungs- oder Abwehrspuren noch an irgendeiner anderen Körperstelle auf eine Gewalteinwirkung hinweisende Einblutungen oder sonstige Verletzungen vor dem Sterben. Anhand von Einblutungen in die Muskulatur in Höhe des Schlüsselbeins und in den Wirbeln der Wirbelsäule ließ sich feststellen, dass die Verstorbene zum Zeitpunkt des Erhängens noch lebte. Die Strangmarke korrespondierte mit der Auffindesituation.

Die Ermittlungen wurden schon während der Suche nach der vermissten Frau Heisig sowie von Beginn an nach dem Auffinden ihres Leichnams von einer Mordkommission durchgeführt.

Hinweise auf jegliche Art von Fremdverschulden wurden weder am Fundort noch durch spätere Maßnahmen festgestellt.

Nach den sachverständig durchgeführten Untersuchungen beim Landeskriminalamt – Werkstofftechnik / Kfz-Untersuchung - wurden an und in dem am 30. Juni 2010 aufgefundenen Fahrzeug der Verstorbenen, das in einer Entfernung von etwa 500 Metern vom Fundort der Leiche abgestellt war, keine Hinweise auf irgendeine Manipulation, ein gewaltsames Eindringen oder eine tätliche Auseinandersetzung festgestellt. Im Fußraum des Fahrzeugs lagen – ordentlich nebeneinandergelegt und nach Öffnung der Fahrertür sofort sichtbar – eine Brieftasche, ein Schlüsselbund mit Anhänger, eine Geldbörse sowie ein Terminplaner der Verstorbenen und auf diesen Gegenständen aufliegend der Dienstausweis der Berliner Justiz für Kirsten Heisig.

In der Wohnung der Verstorbenen wurden keine verdächtigen Spuren gefunden.

Auf dem Handy der Verstorbenen wurden keinerlei ermittlungsrelevante Hinweise festgestellt.

#### Zu objektiven Anhaltspunkten für ein planvolles Vorgehen von Frau Heisig in Bezug auf den eigenen Tod

Am 28. Juni 2010 suchte Frau Heisig ihre Rechtsanwältin auf und ließ schriftlich aufnehmen, dass sie im Falle ihres Todes an einer bestimmten von ihr näher bezeichneten Stelle begraben werden wolle.

Ebenfalls am 28. Juni 2010 löste Frau Heisig ein auf sie ausgestelltes Rezept für ein Medikament gegen Depressionen ein, das als Überdosis in ihrem Leichnam festgestellt wurde.

Hochachtungsvoll

Im Auftrag

Lentz

Leitende Oberstaatsanwältin

Beglaubigt:

  
Justizangestellte

/Rie



**Die Auskunft der Staatsanwaltschaft ist NICHT rechtswirksam unterschrieben!**

**Die Unterwanderung des Staates durch die organisierte Kriminalität lässt sich immer dann sichtbar wenn Urteile und andere Verwaltungsakte von Behörden NICHT rechtswirksam unterschrieben sind so dass nicht nachvollziehen lässt wer die Urteile und Verwaltungsakte tatsächlich erlassen hat.**

Unterschriften durch so genannte "Justizangestellte" zu denen auch Reinigungskräfte, Praktikanten, Hausmeister oder Putzfrauen gehören können grundsätzlich Urteile nicht rechtswirksam unterschreiben. Urteile sind grundsätzlich von den Richtern die sie erlassen haben zu unterschreiben, Fehlt die rechtswirksame Unterschrift handelt es sich im Fall von Urteilen um rechtsungültige Urteilsentwürfe oder Scheinurteile!

Auch für den Satz: "Dieses Schreiben wurde maschinell erstellt und ist deshalb ohne Unterschrift gültig" gibt es keine rechtliche Basis, kein Gesetz!

**So genannte Richter, Staatsanwälte und Beamte wissen selbst genau warum sie ihre Entscheidungen nicht unterschreiben. Nämlich einfach weil diese rechtswidrig - und somit einfach anfechtbar - sind!**

**"Das Gebot der Rechtssicherheit gehört zu den tragenden , unverzichtbaren Zielen einer jeden Rechtsordnung , die ihren Namen verdienen will. Staatliches Verhalten muss - jedenfalls in einem erheblichen Umfang - vorhersehbar und berechenbar sein , damit der Bürger sein Verhalten darauf einrichten kann. Ohne ein solches Mass an Verlässlichkeit bleibt das Handeln des Staates für den Bürger unverständlich, und er muss sich als Objekt staatlicher Willkür empfinden, die er ebenso wenig ändern kann wie Sonne und Regen . Sonne und Regen kann man nicht ändern, staatliche Willkür kann man ändern."**

Bulletin der Bundesregierung , Nr. 43 vom 30.05.1996 , Seite 475 ; Rede des damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog anlässlich der Eröffnung des Seminars zur "Rechtssicherheit und Rechtsstaatlichkeit" am 13.05.96 in Caracas (Venezuela)

[BGH, Urteil vom 16. 10. 2006 II ZR 101/ 05; OLG München](#)

- Zwar ist das angefochtene Protokollurteil auch ohne Unterschrift sämtlicher an der Entscheidungsfindung mitwirkenden Richter mit seiner Verkündung existent geworden ([BGHZ 137, 49, 52](#)). Jedoch können die fehlenden Unterschriften nicht mehr rechtswirksam nachgeholt werden, weil seit der Urteilsverkündung die für die Einlegung eines Rechtsmittels längste Frist von fünf Monaten (§§ [517, 548 ZPO](#)) verstrichen ist (BGH, NJW aaO S. 1882). Das Fehlen der Unterschriften stellt einen absoluten Revisionsgrund dar (§ [547](#) Nr. 6 ZPO).

[BGH, 11.07.2007 XII ZR 164-03](#)

- Auch ein sogenanntes Protokollurteil ist von allen mitwirkenden Richtern zu unterschreiben. OLG Rostock, Urteil vom 24.03.2004, Az. 6 U 124/02

- Es entspricht einem mittlerweile für alle Prozessarten anerkannten Grundsatz, dass ein bei Verkündung noch nicht vollständig abgefasstes Urteil – wie es regelmäßig ein Stuhlurteil darstellt – “nicht mit Gründen versehen” ist, wenn Tatbestand und Entscheidungsgründe nicht binnen fünf Monaten nach Verkündung schriftlich niedergelegt, von den Richtern besonders unterschrieben und der Geschäftsstelle übergeben worden sind. Dies gilt unabhängig davon, ob die Urteilsformel verkündet worden ist oder nicht.

Ein Schein- oder Nichturteil mangels Mitwirkung gesetzlicher Richter ist völlig unbeachtlich und wirkungslos, bindet das Gericht nicht, beendet die Instanz nicht, wird weder formell noch materiell rechtskräftig, ist keine Grundlage für eine Zwangsvollstreckung,.



Siehe auch:

- Luke ZJP 108, 439;
- Schwab/Gottwald § 62 Rz. 17ff.;
- OLG Frankfurt, Entscheid vom 7. Juni 1995 zu 23 U 25/95;
- 2/10 O 275/94 LG Frankfurt;
- BVerfG NJW 1994, 36ff.;
- Palandt/Thomas, § 826 BGB, Rz. 48;
- BGH-Urteil v. 21.6.1951 zu III RZ 210/50, NJW 1951, S. 759;
- OLG Düsseldorf vom 21.4.1987, NJW 1987, S. 2591;
- BGH NJW-RR 1993, 1013;
- NJW 1998, 818, NJW 2005, 2991ff., 2994.

## **Bürgerliches Gesetzbuch BGB § 126 Gesetzliche Schriftform**

(1) „Ist durch Gesetz schriftliche Form vorgeschrieben, so muß die Urkunde von dem Aussteller eigenhändig durch Namensunterschrift oder mittels notariell beglaubigten Handzeichens unterzeichnet werden.“

Zivilprozeßordnung ZPO § 315 Unterschrift der Richter

(1) „Das Urteil ist von den Richtern, die bei der Entscheidung mitgewirkt haben, zu unterschreiben.“

## **Zivilprozeßordnung ZPO § 317 Urteilszustellung und -ausfertigung**

(2) „Solange das Urteil nicht verkündet und nicht unterschrieben ist, dürfen von ihm Ausfertigungen, Auszüge und Abschriften nicht erteilt werden.“

Die kommentierende Fassung geht dabei im Detail sogar auf die Form ein, wie eine derartige Unterschrift erfolgt sein muß. Hier heißt es: „Unterschriften von Richtern müssen stets mit dem Namen oder zumindest so wiedergegeben werden, daß über ihre Identität kein Zweifel aufkommen kann. Denn für den Zustellempfänger muß nachprüfbar sein, ob die Richter, die an der Entscheidung mitgewirkt haben, das Urteil auch unterschrieben haben.“ Deshalb genügt die Angabe „Hunz oder Kunz, Richter am Landgericht“ ohne dessen eigenhändige Unterschrift nicht.

## **Strafprozeßordnung StPO § 275 Frist und Form der Urteilsniederschrift; Ausfertigungen**

(2) „Das Urteil ist von den Richtern, die bei der Entscheidung mitgewirkt haben, zu unterschreiben.“

Verwaltungsverfahrensgesetz VwVfG § 34 Beglaubigung von Unterschriften



Home > News > Loveparade-Drama in Duisburg: Oberbürgermeister Adolf Sauerland will immer noch nicht zurücktreten



Adolf Sauerland (CDU) beim Termin mit BILD im Büro seines Rechtsanwalts

**DER OBERBÜRGERMEISTER WILL IMMER NOCH NICHT ZURÜCKTRETEN**

## „Ich habe nichts unterschrieben! Keine einzige Genehmigung!“

VON OLIVER AUSTER

29.07.2010 - 00:09 UHR

Die Essener Kanzlei des renommierten Anwalts Stephan Holthoff-Pförtner, gestern Mittag: An einem weiten Tisch sitzt der Mann, auf den Deutschland schaut: Adolf Sauerland (55, CDU), Oberbürgermeister von Duisburg. Feste Stimme, große Hände, kleine Augen – vier Tage nach der Loveparade-Katastrophe wirkt der Politiker wie ein erschöpfter Riese. Das BILD-Interview.

**BILD:** Herr Oberbürgermeister, warum treten Sie nicht zurück?

**Adolf Sauerland:** „Damit wäre ich raus aus dem Prozess der Aufklärung – und das wäre fatal. Es gibt unheimlich viele, quälende Fragen und es ist meine verdammte Pflicht, diese alle zu beantworten. Ich habe mein Leben – 21 andere Menschen haben es verloren. Ich will erst wissen warum. Danach entscheide ich über persönliche Konsequenzen.“

**BILD:** Fühlen Sie sich denn gar nicht verantwortlich?

**Sauerland:** „Es wird nach den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft eine juristische und politische Bewertung geben müssen. Tatsache ist aber: Ich persönlich habe nichts unterschrieben, keine einzige Genehmigung.“

**BILD:** Wer dann?

**Sauerland:** „Die zuständigen Stellen in unserer Verwaltung. Das ist gar nicht der Job des Oberbürgermeisters, Genehmigungen zu unterschreiben.“

**BILD:** Wer hat es denn getan?

**Sauerland:** „Die Abschlussgenehmigung hat einer unserer besten Kollegen abgezeichnet.“

**BILD:** Dokumente belegen aber, dass es immer wieder Kritik an dem Konzept des Veranstalters gab. Dokumente, die auch an Sie gegangen sind.

**Sauerland:** „Es gibt in so einem Verfahren immer wieder Reibungspunkte. Dann werden Alternativen gesucht und es wird ein neuer Plan vorgelegt. Aber mit diesem operativen Handling habe ich nichts zu tun.“

**BILD:** Sie persönlich hat also nie jemand gewarnt?

**Sauerland:** „Nein, persönlich nicht.“

**BILD:** Auch nicht der ehemalige Polizeipräsident, der sich offen gegen die Loveparade ausgesprochen hatte?

**Sauerland:** „Nein.“

**BILD:** Ihr Ordnungsdezernent sagte laut einem Sitzungsprotokoll, dass der „OB die Veranstaltung wünsche“ und dass für offene Sicherheitsfragen eine Lösung gefunden werden müsse ...

**Sauerland:** „Der OB ist an Ratsbeschlüsse gebunden. Und der Rat wollte die Loveparade – unter der Bedingung, dass man sie durchführen kann. Und genau das hat meine Verwaltung geprüft.“

**BILD:** Wurden nicht de facto Regelungen umgangen, um die Loveparade nach Duisburg zu holen? Zum Beispiel bei den Fluchtwegen?

**Sauerland:** „Alle Genehmigungen liefen aus meiner jetzigen Sicht nach Recht und Gesetz. Aber genau das prüft ja jetzt auch die Staatsanwaltschaft.“

**BILD:** Thema Fluchtwege. Das Gelände war für 250 000 Personen zugelassen ...

**Sauerland:** „Und diese Zahl ist zu keinem Zeitpunkt des Tages erreicht worden. Wir gehen von einer sehr viel niedrigeren Zahl von Menschen aus, die gleichzeitig auf dem Gelände waren.“

**BILD:** Aber warum kam es zu der Katastrophe im Tunnel?

**Sauerland:** „Dazu kann ich nichts sagen, solange die Ermittlungen laufen. Fest steht: Der Ort der Katastrophe lag nicht im Verantwortungsbereich der Stadtverwaltung. Dieser Bereich lag auf dem Veranstaltungsgelände.“

**BILD:** Trägt also der Veranstalter die Verantwortung, wie auch Innenminister Jäger inzwischen sagt?

**Sauerland:** „Dazu sage ich nichts. Nur so viel: Wir waren für die Maßnahmen auf dem Gelände nicht verantwortlich. Alles andere müssen Sie den Staatsanwalt fragen.“

**BILD:** Wie haben Sie selbst den Tag der Katastrophe erlebt?

**Sauerland:** „Ich war am Vorabend aus dem Urlaub zurückgekehrt, hatte Termine in der Stadt. Zweimal war ich auf dem Gelände. Bei meinem zweiten Besuch war ich mittendrin, es war unglaublich laut. Ich hatte gar nicht gemerkt, dass ich mehrere Anrufe hatte. Dann kam ein Mitarbeiter zu mir, sagte mir, dass es ‚ein Ereignis‘ gegeben habe. Dann hieß es: ‚Es gab eine Panik im Tunnel.‘ Dann: ‚Es sind Menschen abgestürzt.‘ Gegen 18 Uhr hörte ich das erste Mal von den Todesopfern. Ich konnte es nicht glauben, war sprachlos, konnte es nicht realisieren. Dann war ich bis etwa 3 Uhr nachts im Krisenstab.“

**BILD:** Ihre Pressekonferenz am nächsten Tag war verheerend ...

**Sauerland:** „Es gab so viele unbeantwortete Fragen. Ich selbst hatte doch so viele! Meine Antworten waren das, was ich zu diesem Zeitpunkt wusste.“

**BILD:** Herr Oberbürgermeister, werden Sie am Samstag zur Trauerfeier gehen?

**Sauerland:** „Ich habe mir das sehr, sehr lange überlegt. Aus hohem Respekt vor den Angehörigen der Opfer werde ich nicht kommen. Ich werde vorher zu der Stelle kommen und ein stilles Gebet sprechen.“



22. 19. 8. 2009

# Ohne Richter keine Blutprobe

**HAMM.** (dpa) Nur wenn wirklich Gefahr im Verzug ist, darf die Polizei spontan eine Blutprobe nehmen lassen oder eine Hausdurchsuchung durchführen. Ansonsten brauchen die Ordnungshüter die Zustimmung eines Richters, wie das Oberlandesgericht (OLG) Hamm jetzt entschieden hat.

Dabei geht es um Alkoholkontrollen oder Razzien, die in Nordrhein-Westfalen in der Nacht offensichtlich häufig ohne Richterbeschluss – auch gegen den Willen des Verdächtigen – angeordnet worden sind. Das OLG schloss in einem Muster-Urteil Beweise gegen einen mutmaßlichen Drogenhändler aus einem Strafverfahren aus.

Im Rucksack des Mannes aus Minden hatte die Polizei vor zwei Jahren bei einer Kontrolle Marihuana gefunden. Daraufhin hatten die Ermittler noch in derselben Nacht eine Hausdurchsuchung durchgeführt und weitere Rauschmittel entdeckt. Eine richterliche Unterschrift hatten sie nicht eingeholt.

Zugleich wurde eine OLG-Entscheidung veröffentlicht, wonach bei Alkoholsündern im Straßenverkehr ohne richterlichen Beschluss keine Blutprobe angeordnet werden darf. In NRW gibt es keine flächendeckende Nachtbereitschaft von Richtern. Der „Eildienst“ der Justiz ist nur von 6 Uhr bis 21 Uhr besetzt. Das Justizministerium kündigte Konsequenzen aus dem Urteil an und arbeitet offensichtlich nun an einer Lösung für eine Bereitschaft.

Nur bei „Gefahr im Verzug“ sei es möglich, den sogenannten richterlichen Vorbehalt zu übergehen. Auch die Blutprobe eines jungen Mannes aus Lemgo schloss das Gericht aus. Bei dem Verkehrssünder war nach einem Blechschaden ein Alkohol-Test angeordnet worden. Der gemessene Wert von 2,6 Promille Alkohol im Blut darf nun nicht mehr gegen den Autofahrer verwertet werden.